

Niederschrift

über die 9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Ordnung und Verkehr der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 24.10.2019

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender
RM Thomas Labeschautzki

Ausschussmitglieder
RM Hans Müller
RM Andreas Bruns
RM Michael Fischer
RM Carsten Hoffmann
RM Marc Lütjens
RM Joachim Müller
RM Carsten Thomsen
RM Andrea Wilbers

Grundmandat
RM Ralf Hillen

ber. Ausschussmitglieder
ber. AM Timm Harms
ber. AM Daniel Hofsommer

Von der Verwaltung nehmen teil:
Bürgermeister Gerhard Böhling
StOAR Thomas Berghof
VA Heiko Klein

Gäste:
Gisela Sandstede
Hans-Jürgen Gennert

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RM Labeschautzki eröffnet in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 29.05.2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

6. Bericht über die Migrationsarbeit **SV-Nr. 16//1252**

StOAR Berghof stellt zunächst die derzeitige Unterbringungssituation dar. Zur Erfüllung der derzeit bestehenden Quote seien durch die Stadt Schortens noch vier Migranten unterzubringen. In Kürze werde mit der Anrechnung zweier Neugeborener gerechnet. Darüber hinaus ist in den nächsten Tagen der Zuzug einer sechsköpfigen Familie vorgesehen, sodass dann die aktuelle Quote bereits übererfüllt wäre.

Frau Sandstede berichtet von den Aktivitäten der Integrationslotsen der letzten Monate. Die im Bürgerhaus durchgeführte Veranstaltung „Angekommen in Schortens“ sei sehr gut besucht worden. Auch für die im Sommer durchgeführte Kutterfahrt habe es über 200 Anmeldungen gegeben. Beim Sommerfest am Huntsteert hätten sich hingegen nur Wenige beteiligt. Man wolle diese Veranstaltung daher im kommenden Jahr vor den Sommerferien im Pferdestall durchführen.

Herr Gennert schildert, dass die Lotsen derzeit an einem Konzept arbeiten, mit dem sich Flüchtlinge mit Computern ausstatten ließen („PC-Tafel“). Man habe festgestellt, dass beispielsweise in den Schulen IT-Unterricht angeboten würde, es aber insbesondere bei Flüchtlingsfamilien mangels eines eigenen PCs keine Möglichkeit gäbe, sich im privaten Umfeld näher mit diesen Themen zu befassen. Man wolle daher auf von Unternehmen ausrangierte Computer zurückgreifen, diese, falls notwendig, aufrüsten und den Migranten zur Verfügung stellen. Dazu soll der Nebenraum der Fahrradwerkstatt abschließbar gemacht werden. Zudem sei man auf der Suche nach möglichen Stiftern von hierfür verwendbaren Computern. Ein bereits erfolgter Aufruf im Jeverschen Wochenblatt habe leider keinen Erfolg gezeigt. Hier seien größtenteils unbrauchbare Geräte abgegeben worden. RM Hans Müller regt an, gezielt Banken und Sparkassen anzusprechen. Herr Gennert ergänzt, dass man auch die EWE und weitere Unternehmen kontaktieren wolle.

Frau Sandstede weist darauf hin, dass man in diesem Jahr keine Fahrt zum Theater anbieten wolle. Hier machten die Grundschulen entsprechende Angebote, sodass es keinen Sinn ergebe, dazu in Konkurrenz zu treten. Für dieses Jahr plane man eine Weihnachtsfeier im Pferdestall. Des Weiteren sei beabsichtigt, den palästinensisch-syrischen Pianisten Aeham Achmad einzuladen, der dann auch sein Buch vorstellen wolle.

RM Wilbers erkundigt sich, ob nur Christen an der Weihnachtsfeier teilnähmen. Frau Sandstede verneint dies.

Frau Sandstede berichtet weiter über Initiativen unter Beteiligung der jeweiligen Jobcenter und Handwerkskammern in anderen Regionen, die oftmals zu einer effizienteren und erfolgversprechenderen Suche nach geeigneten Ausbildungsplätzen für Flüchtlinge beitragen und schildert Ihre Erfahrungen an einem konkreten Beispiel. Sie fragt an, wie man ein solches Vorgehen auch für den Bereich des Landkreises Friesland forcieren könne. BM Böhling schlägt vor, dieses Thema über die Bürgermeisterrunde beim Landrat vorzutragen.

RM Labeschautzki bedankt sich im Namen des Ausschusses herzlich für das ehrenamtliche Engagement der Integrationslotsengemeinschaft und die in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit der Verwaltung.

- 7.1 Antrag der SPD-FDP-Gruppe vom 14.10.2019 für den Haushalt 2020 und folgende für die Ausgestaltung des ÖPNV (im speziellen Haltestellen) betr. Einstellung eines jährlichen Betrages **AN-Nr: 16/0059**

RM Hans Müller erläutert eingangs den Antrag der SPD-FDP-Gruppe.

RM Hoffmann erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach Zuschussmöglichkeiten. Herr Böhling berichtet, dass für eine Förderung ein barrierefreier Ausbau notwendig sei. Die Landesnahverkehrsgesellschaft trage dann 75 % und der Landkreis 12,5 % der Kosten. Somit verbliebe für die Stadt ein Eigenanteil von 12,5 %.

StOAR Berghof führt aus, dass zunächst eine Planung erfolgen müsse. Als nächster Schritt ist eine gemeinsame Bereisung mit Vertretern des Landkreises und des Fachbereiches Bauen am 22.11.2019 geplant. Eine Förderung konkreter Projekte könne dann im zuständigen Fachausschuss (APBU) beantragt werden. Nach vorheriger Rücksprache mit der Kämmerin StOAR Idel sind die Haushaltsmittel entsprechend im bereits vorhandenen Produkt der Bauverwaltung (Produkt 1.5.4.1.001 *Bau/Unterhaltung Straße, Wege, Plätze/Gemeindestraßen/Verkehrs-flächen und -anlagen, ÖPNV*) zu veranschlagen.

RM Lütjens fragt, ob diese Zuschüsse in der Vergangenheit nicht abgerufen worden seien. Herr Böhling erwidert hierzu, dass nunmehr ein Konzept zum weiteren Ausbau der städtischen Haltestellen erstellt werden müsse. In der Vergangenheit seien, z.B. in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sande, bereits entsprechende Maßnahmen verwirklicht worden, für die auch Förderanträge gestellt wurden.

7. Haushalt 2020 - Teilhaushalt 20 (THH20) **SV-Nr. 16//1253**

StOAR Berghof erläutert sodann die wesentlichen Positionen des Teilhaushaltes. Mit Blick auf den in der Sitzungsvorlage ausgewiesenen Haushaltsansatz des Produktes *P1.1.2.6.001 Brandschutz und technische Hilfeleistungen Feuerwehren* in Höhe von 113.300 Euro schildert er, dass hier ein Anpassung zumindest an die Rechnungsergebnisse der Vorjahre erforderlich sei. Er schlage daher eine Anhebung des Ansatzes um 40.000 Euro vor.

Anschließend geht StOAR Berghof auf die vorgesehenen Investitionen für das Haushaltsjahr 2020 ein. Zusätzlich zu den in der Vorlage ausgewiesenen Maßnahmen seien im kommenden Jahr 14.000 Euro für die Umstellung der Software des Bürgerservice zur Verfügung zu stellen.

7.1. Antrag der SPD-FDP-Gruppe vom 14.10.2019 für den Haushalt 2020 und folgende für die Ausgestaltung des ÖPNV (im speziellen Haltestellen) betr. Einstellung eines jährlichen Betrages **AN-Nr:**

16/0059

Es ergeht einstimmig folgender Beschluss in eigener Zuständigkeit:

Es wird empfohlen, für das Haushaltsjahr 2020 im Produkt *1.5.4.1.001 Bau/Unterhaltung Straße, Wege, Plätze/Gemeindestraßen/Verkehrsflächen und -anlagen*, ÖPNV Planungskosten in Höhe von 20.000 Euro einzustellen. Die weitere Beratung über die Planung, die Kosten sowie die bauliche Umgestaltung soll im hierfür zuständigen Planungsausschuss erfolgen.

7. Haushalt 2020 - Teilhaushalt 20 (THH20) **SV-Nr. 16//1253**

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnishaushalt Teilhaushalt Soziales, Ordnung und Verkehr (THH 20) wird unter Berücksichtigung der Änderung im Produkt *P1.1.2.6.001 Brandschutz und technische Hilfeleistungen Feuerwehren* mit einem Zuschussbedarf von 1.314.630 Euro für den Haushalt 2020 dem Finanzausschuss empfohlen.
2. Die Investitionsmaßnahmen 2020 unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses (zusätzliche Mittel für die Umstellung der Software des Bürgerservice) in Höhe von 117.000 Euro und das Investitionsprogramm 2021 bis 2023 des Teilhaushaltes Soziales, Ordnung und Verkehr (THH 20) werden für den Haushalt 2020 dem Finanzausschuss empfohlen.
3. Als wesentliches Produkt nach § 4 Absatz 7 KomHKVO mit folgenden Ziel wird dem Finanzausschuss empfohlen:

P1.1.2.2.100 (Ordnungsrechtl. Aufgaben, Gefahrenabwehr)

Einrichtung eines Online-Fundbüros

8. Änderung der Feuerwehrgebührensatzung **SV-Nr. 16//1250**

StOAR Berghof erläutert die Beschlussvorlage und geht dabei auf die Entwicklung der Stundenverrechnungssätze des Personals sowie der einzelnen Fahrzeuge ein.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Die als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben

wird beschlossen.

9. Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.08.2019 zur Löschung von brennenden Fahrzeugen mit einem Elektroantrieb **AF-Nr: 16/0046**

StOAR Berghof berichtet, dass hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen zunächst die Feuerwehr-Unfallkasse kontaktiert wurde. Diese habe hierzu jedoch keine Auskünfte geben können, da diese dafür keinen gesetzlichen Auftrag habe. Vielmehr sei für die Erarbeitung eines Konzeptes zum Umgang mit Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb bei einem Brand oder Unfall der Stadtbrandmeister zuständig. Dieser wurde daher um Beantwortung der Anfrage der CDU gebeten. Die den Ausschussmitgliedern vorliegende Rückmeldung gibt StOAR Berghof sodann wieder.

RM Hoffmann erkundigt sich, wie ein brennendes Fahrzeug in die vorgesehene Mulde verbracht werden soll. Der stellvertretende Stadtbrandmeister Timm Harms erwidert, es sei angedacht, diese Fahrzeuge weitestgehend abzulöschen, bevor sie in die Mulde gehoben werden. Ferner wolle man beim Besuch der Fachmesse „INTERSCHUTZ“ in Hannover weitere Informationen zu diesem Thema sammeln. Ortsbrandmeister Daniel Hofsommer ergänzt, dass die Batterien solcher Fahrzeuge regelmäßig gekapselt verbaut seien und spezielle Öffnungen zum Löschen besäßen, um einen unkontrollierten Brand möglichst zu verhindern.

RM Hoffmann verweist in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die zukünftige Tiefgarage im Grön Winkel und fragt, ob hier zukünftig ggfs. entsprechende Vorgaben in den Bebauungsplänen vonnöten seien. BM Böhling antwortet, dass der Landkreis Friesland als zuständige Behörde im Rahmen der Baugenehmigung notwendige Auflagen erteile. Grundsätzlich handele es sich bei der aufgeworfenen Problematik um eine fachliche Frage und somit um eine Angelegenheit der Feuerwehr. Laut Herrn Harms werde dieses Thema auf der Ebene der Wehren regelmäßig diskutiert. Er sagt zu, hierüber erneut zu berichten, sofern es wesentliche Neuerungen bzw. Entwicklungen gibt.

10. Gemeinsamer Antrag der "Ev.-luth. Kindertagesstätten Roffhausen" **SV-Nr. 16//1251**

StOAR Berghof berichtet eingangs von dem über die CDU eingereichten Antrag der Kindertagesstätten Roffhausen und skizziert zunächst die Örtlichkeiten und wann und auf welchem Weg die für eine Beurteilung erforderlichen Verkehrszahlen erfasst wurden. Anhand einer Planunterlage wird von ihm auf eine bereits vorhandene Querungshilfe (Mittelinsel) in der Tilsiter Straße hingewiesen.

RM Wilbers fragt in diesem Kontext nach, warum bei der Anzahl der Fahrzeuge der Durchschnittswert ausgewiesen werde. StOAR Berghof entgegnet, dass zusätzlich auch der Maximalwert pro Stunde genannt werde, dies letztlich aber auch nichts am Ergebnis ändere. Anschließend trägt er aus der polizeilichen Stellungnahme vor und berichtet von der Behandlung dieser Thematik in der Verkehrssicherheits-Kommission. Im Ergebnis dürften unter Berücksichtigung der ermittelten Fußgänger- und Kraftfahrzeugzahlen die im Antrag begehrten Fußgängerüberwege nicht eingerichtet werden.

RM Bruns erkundigt sich nach möglichen Alternativen zur Verbesserung der Verkehrssituation und regt an, eine zusätzliche Beschilderung zur Sensibilisierung der Fahrzeugführer zu prüfen. StOAR Berghof verweist auf den Einsatz von Schülerlotsen als bewährte Maßnahme. VA Klein ergänzt hierzu, dass es sich bei den in Rede stehenden Straßenzügen um solche ohne Durchgangsverkehr handele und insofern eine dauerhafte Beschilderung („Achtung, Kinder!“) bei den Verkehrsteilnehmern durch den eintretenden Gewöhnungseffekt bald nicht mehr beachtet würde. Er präferiert daher die bereits durch die Verkehrswacht erfolgende saisonale Installation von Schildern und Bannern, die dann explizit auf den Schulbeginn hinweisen. Auch sei die durch die Einrichtung von Fußgängerüberwegen vermittelte „Pseudo-Sicherheit“ nicht zu unterschätzen. Gerade Kinder würden mitunter dazu neigen, dem Verkehr dann nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit zu widmen und Zebrastreifen ohne vorherige eigene Kontrolle zu betreten. Im Ergebnis entstünden so neue potentielle Gefahrenstellen.

RM Fischer befürwortet ebenfalls den Einsatz von Schülerlotsen und geht bei seinen Ausführungen auch auf das mitunter verkehrswidrige Verhalten der Eltern ein, die Ihre Kinder zu den jeweiligen Einrichtungen bringen.

Es ergeht einstimmig folgender Beschluss in eigener Zuständigkeit:

Der gemeinsame Antrag der Ev.-luth. Kindertagesstätten Roffhausen, der Katholischen Kindertagesstätte Roffhausen, dem Zwergenstübchen Roffhausen sowie der Grundschule Roffhausen auf Einrichtung diverser Überquerungshilfen in Form von Fußgängerüberwegen wird abgelehnt. Die Einrichtung von Schülerlotsen zur Begleitung der Kinder wird empfohlen.

11. Neufassung der Verordnung zum Schutz des Wildes **SV-Nr. 16//1154/1**

StOAR fasst nochmals den in der letzten Ausschusssitzung beratenen Sachverhalt zusammen und geht auf die im Nachgang eingeholten Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde und der

Niedersächsischen Landesforsten ein.

RM Lütjens erkundigt sich, inwieweit die Einhaltung der Verordnung durch Streifengänge gewährleistet werden kann. StOAR Berghof antwortet, dass der Außendienst entsprechende stichprobenartige Kontrollen durchführen werde, sofern ausreichende Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Die als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügte Verordnung zum Schutze des Wildes wird beschlossen.

12. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen und Anregungen vorgetragen.

RM Labeschutzki schließt sodann um 18:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Schortens, 29.10.2019

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer